





# Das amtliche Wahlergebnis.

466 Abgeordnete.

Nach der amtlichen Statistik wurden insgesamt 26 017 590 Stimmen abgegeben. Die Zahl der in den Wahlkreisen gewählten Abgeordneten beträgt 466, durch Berechnung in den Wahlbezirken erhielten weitere 44 Bewerber Sitze im Reichstag, und durch die Reichswahlhilfe wurden 51 Sitze verteilt. Die Zahl der in den Wahlbezirken bei den Nationalparlamenten des Vorjahres gewählten Abgeordneten, die vorläufig auch Mitglieder des Reichstages bleiben, beträgt 12, so daß der neue Reichstag insgesamt 466 Mitglieder zählen wird. Davon entfallen auf: Sozialdemokraten 119, Unabhängige 81, Kommunisten 2, Demokraten 4, Zentrum 68, Deutsche Volkspartei 62, Deutschnationale 66, Bayerischer Bauernbund 4, Welfen 5, Christl.-Jüd. Gruppe 21.

Die abgegebenen 26 017 590 Stimmen verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: Sozialdemokraten 5 614 456, Unabhängige 4 595 817, Kommunisten 441 996, Demokraten 2 202 834, Zentrum 3 540 520, Deutsche Volkspartei 8 603 316, Deutschnationale 8 736 778, Mittelständler 11 970, Nationaldemokraten 3008, Bayerischer Bauernbund 218 864, Welfen 319 100, Wirtschaftsbund 68 652, Bayerische Volkspartei 236 841, Deutschnationalisten 7216, Deutscher Volkspartei 9062; gesplittet haben sich 84 708 Stimmen.

## Auf den Pfaden des Reichsverbandes.

### Ein dummer Wahlschwindel der U. S. P.

In der Welt ist nichts so dumm, es findet doch sein Publikum! Nach diesem Sprichwort handeln die Unabhängigen, indem sie eine Karte nach der anderen in die Welt flattern lassen. Durch die unabhängige Provinzpresse geht neuerdings ein angeblicher Brief, den der Reichspräsident Ebert und die sozialdemokratischen Minister Bauer und David am 8. November 1919 an den — Bringen Max von Baden geschrieben haben sollen.

Nur zur Erhellung unserer Leser wollen wir einen knappen Auszug aus dem sehr länglichen Briefe hier wiedergeben. An dem genannten Tage, als dem Jahrestag der Revolution, sollen danach die genannten sozialdemokratischen Regierungsglieder an die „Großherzogliche Hoheit“ mitgeteilt haben, daß sie der „treuen Mitarbeit“ des Bringen in jenen weltgeschichtlichen Stunden dankbar gedenken, daß sie die „von weiser Einsicht geführten Bemühungen der Großherzoglichen Hoheit... dem deutschen Volke die Schrecken innerer Umwälzung zu ersparen“, hoch anerkennen und besonders der weltgeschichtlichen Wankanten gedenken, in welchen der Prinz „im Auftrage Ihres damaligen kaiserlichen Herrn“ die politische Gewalt des Reiches in die Hände der vom Volk auswählbaren Männer legte. Weiter wird versichert, daß die Wahrheit siegesteigert durchbrechen und aller Welt offenbaren werde, daß weder der Prinz, noch die von ihm in die Regierung gerufenen Männer die ausschließenden inneren Anzügen gemalt oder verusacht haben. Besonders wird betont, daß diese Männer wohl die Abdankung des damaligen Trägers der Krone und des Kronprinz gemäht haben, aber ebenso energisch für die Beibehaltung der Monarchie und die Regentenschaft des kaiserlichen Enkels eingetreten seien. Zum Schluss heißt es:

Zum äußeren Zeichen der Dankbarkeit und Anerkennung für die in jenen Momenten von Eurer Großherzoglichen Hoheit dem Vaterland geleisteten Dienste hat die Reichsleitung in vertraulicher Sitzung heute vormittag beschlossen, den früher gefassten Bescheid, das Schloss Rainau für Zwecke der Volkswirtschaft zu enteignen, aufzugeben und diesen herrlichen Stammsitz der Vorfahren Eurer Großherzoglichen Hoheit Ihnen zu ewig unangestastetem Eigentum zu übertragen.

Dieser Brief würde, in einer jährlichen Zeitschrift abgedruckt, immerhin als Eberts nichtigste Wirkung sein. Da er aber ernsthaft in der unabhängigen Presse zu Wort gebracht werden wird, in Westfalen wenige Tage vor der Landtagswahl sogar an allen Plakatsäulen im Wortlaut angehängt wurde und weil damit zu rechnen ist, daß die Unabhängigen nach wie vor mit diesem Brief rechnen, um die Sozialdemokraten als Heuchler hinzustellen, so hat sich der Reichspräsident, Genosse Ebert, an Ebert selbst gewandt, um von ihm eine ausdrückliche Versicherung dessen zu erhalten, was jeder vernünftige Mensch sofort annehmen wird, daß der Brief tatsächlich auf Erfindung beruhe.

Diese Versicherung ist denn auch prompt eingetroffen. Genosse Ebert hat dem Antragsenden geantwortet:

Berlin, 18. Juni 1920.

Rieber Kröger!

Der von der „Kaiserlichen Volkswirtschaft“ veröffentlichte Brief des Reichspräsidenten und der Reichsregierung an den Prinzen Max von Baden vom 8. November 1919 ist von A bis Z frei erfunden. Auch ein ähnlicher Brief existiert nicht. Es handelt sich um einen ebenso dreisten wie dummen Schwindel.

Freundlichen Gruß

Ebert.

Wir nehmen von der Angelegenheit nur Notiz, um den Genossen im Lande zu zeigen, mit welchen trübsamen Mitteln die Unabhängigen Wahlpropaganda treiben. Ihre Erfindungsgabe reicht beinahe an die des selbigen entschlafenen Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie heran. Sie wird allerdings auch das gleiche Schicksal erleben wie jener.

## Norwegens neue Regierung.

Oslo, 18. Juni. Der Präsident des Storting Salvorsten hat heute nachmittag dem König folgende Ministerliste vorgelegt: Stortingpräsident Salvorsten; Ministerpräsident und Chef des Justizdepartements; Obergerichtspräsident Michelet; Chef des Aufwendungsdepartements; Obergerichtspräsident Mingsberg; Chef des Sozialdepartements; Obergerichtspräsident Hagerup Gull; Chef des Finanzdepartements; Landwirtschaftsminister Jahren; Chef des Landwirtschaftsdepartements; Anstalt Cornelius Riddel; Chef des Arbeitsdepartements; Oberarzt Wefring; Chef des Verteilungsdepartements; Hofkammerchef Gerdimerer; Brun; Chef des Handelsdepartements; Viktor Jensen; Chef des Fischereidepartements; Konrad Gombae; Chef des Provinzialdepartements. Die neue Regierung wird wahrscheinlich am Montag ernannt werden.

Der Boykott gegen Ungarn. Nach den christlichsozialen Blättern beschloß der Gewerkschaftsbund der nichtsozialdemokratischen Kaja, Telegrafisten und Fernsprechanstalten, den vom internationalen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbund beschlossenen Parichschonheit gegen Ungarn nicht anzuerkennen. Die christlichen und nationalen Postanstalten seien gewillt, unter allen Umständen den Verkehr mit Ungarn aufrechtzuerhalten und daher alle Sendungen und Telegramme nach Ungarn anzunehmen und weiter zu befördern. In der christlichsozialen Presse Wiens macht sich eine starke Opposition gegen den Boykott bemerkbar.

# Groß-Berlin

Jellinek.

Der ungarische Ministerbeamte Jellinek entlockt zwei Salatschleichen einer Reihe von Schießern fast eine halbe Million.

Heute in der Zeit der Mauer wird das Leben mandem lauer. Der und jener schießt Millionen und ich sollte ewig frohen? Schießt den Schießern alles weg Also dachte Jellinek.

Ich, so mancher Millionäre Beinte täglich manche Jahre Und ihn packte grimme Wut — ob — Ob der klaglichen Salata. Mause fängt man bloß mit Sped — Also dachte Jellinek.

Aus der Plette eurer Kronen Hol ich zahllose Millionen. Das Geschobene, ihr Lieben, Wird ich über Wasser schießen, Geb euch einen Niesenschied. Also sagte Jellinek.

Stahl die Hälfte 'ner Milliarde Soll Begeisterung singt's der Garde. Schießt ihr alle noch so feste, Der zuletzt schießt, ist der beste. Oben auf dem Reichstagsdreh Tront allein dann Jellinek.

Dreien.

## Die „Freiheit“ auf Entdeckungsexpeditionen.

Welch allerliebster Mittel sich die Unabhängigen im gegenwärtigen Wahlkampf zur Stabilitätsbewahrung bedienen, um Wähler zu treiben, zeigt wieder einmal eine „Der ist Segner der Einheitsgemeinde“ überschriebene Notiz in der Sonnabend-Nummer der „Freiheit“. Darin wird der Charlottenburger Reichssozialist Dr. Vorchardt als scharfer Gegner der Einheitsgemeinde bezeichnet, habe er doch sogar in einem bürgerlichen Blatt einen Plücker an die bürgerlichen Parteien gerichtet und sie aufgefordert, gegen die Einheitsgemeinde und damit gegen das Interesse der Arbeiterklasse zu stimmen. Die ganze Notiz charakterisiert sich als echt unabhängige Wahlpropaganda schleimender Art, lediglich dazu bestimmt, bei Unwissenden Stimmung zu treiben.

Tatsache ist, daß Genosse Dr. Vorchardt über die Zweckmäßigkeit der Einheitsgemeinde Berlin eine andere Auffassung vertreten hat, aber Dr. Vorchardt stand nicht allein. Es gehört indessen schon eine starke Portion der berühmten unabhängigen Logik dazu, aus einer in einer bestimmten Frage verschiedenen Auffassung Arbeiterfeindlichkeit herauszulesen.

Bestimmen wollen wir aber, daß Genosse Dr. Vorchardt wiederholt in Parteifreien betont hat, im Interesse des einheitlichen Arbeitens in dieser Frage seine besondere Auffassung zurückzuführen. An dieser Parteifreien mögen sich die unabhängigen Wahlpropaganda ein Beispiel nehmen.

Die Haltung Dr. Vorchardts zeigt, daß die Charlottenburger Genossen recht latein, wenn sie ihn als Spitzenkandidaten der Sozialdemokratie nominieren. Wir aber möchten den Arbeitern, Angestellten und Beamten mit den eigenen Worten der „Freiheit“ zurufen: „Kannt ihr einer Partei, die etwas Derartiges duldet, die sich (in der Frage demagogischer Verdrängungen) zum Mitschuldigen einer der Arbeiterklasse schädlichen Haltung macht, eure Stimme geben?“

Rein!

Wählt deshalb morgen nur die Listen der S. P. D.

## Die Spiel- und Turnplätze Berlins und der Vororte

sind jetzt reiflos geöffnet. Wie groß das Interesse der Berliner Bevölkerung und namentlich der Großstadtkinder für Sport und Leibesübungen ist, zeigt die starke Benutzung. Es sind in diesem Jahre bereits eine Anzahl Plätze und Anlagen für Turnveranstaltungen mehr freigegeben worden als in den vorigen Jahren. Sie reichen jedoch nicht aus, um dem Bedürfnis der Bevölkerung in weitem Maße Rechnung zu tragen.

Für eine Erweiterung der für die Allgemeinheit bestimmten Turn- und Leibesübungsplätze kamen zunächst die im Weidfeld der Stadt Berlin liegenden Militärübungsplätze in Betracht. Diese unterstehen dem Militärminister, der das alleinige Verfügungsrecht besitzt, aber infolge der Heeresveränderung von seinem Verfügungsrecht fast keinen Gebrauch macht, so daß einige Plätze brach liegen. So befindet sich in der Gneisenaustraße der an die Kasernen des ehemaligen 2. Garde-Regiments anfallende Reiterplatz. Dieser Platz wird seit anderthalb Jahren für seinen ursprünglichen Zweck nicht mehr gebraucht, so daß er augenblicklich als Polgelagerplatz der Militärbehörde dient. Ferner die im Weidfeld der Stadt Berlin liegende Hakenheide. Im Jahre 1878 wurde dieser Komplex dem preussischen Kaiser dem Reich übergeben mit dem Vertragsvermerk, daß dem preussischen Kaiser ein Vorlaufsrecht zustehe. Für militärische Zwecke wurden Schießstände gebaut, die heute fast gar nicht mehr benutzt werden. Zwar ist das Verbot der Paraden einzelnen und besonderen Erlaubnisbescheinigungen versehenen Personen auf Grund ihrer Beziehungen gestattet, aber sonst ist das Betreten bei Strafe verboten. Diese Heide würde sich wegen ihrer Lage für diese Zwecke vorhandenen Anlagen besonders für eine Erholungsstätte eignen. Um dies zu ermöglichen, sind bereits die maßgebenden Behörden mit dem Militärminister in Verbindung getreten. Die Verhandlungen scheiterten jedoch an der Geldnotwendigkeit der Militäreinrichtungen, einschließlich an die Hakenheide befindet sich der Jahnturnplatz, der dem Provinzial-Schulkollegium unterstellt ist. Wegen seiner vorzeitigen Lage liege sich eine Erweiterung übergründend auf das Gelände der Hakenheide bei geringen Kostenaufwand ermöglichen, zumal schon seit längerer Zeit die Anlage einer Straße längs der Jahnheide projektiert ist, die durch die Verlehrshebung eine rege Benutzung der Anlagen verbürgen würde.

## Zur Abstimmung in Ostpreußen.

Die Ausgabe der Fahrkarte für Berlin erfolgt in der Geschäftsstelle des Bundesheimatvereins Ostpreußen, Dalesches Ufer 24, Geschäftszeit 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags, Sonntags von 8 bis 1 Uhr. Die Ausgabe der Fahrkarte für Reuzelln erfolgt bei Herrn Heinrich, Restaurant Hammer, Kaiser-Friedrichstraße 88/89; für Weichensee bei Herrn Lehrer Grendt, Parkstraße 39; für Lichtenberg bei Herrn Lehrer Heller, Müggelsee 39; für Pflafersee bei Herrn Schörrer, Rarogartenstraße 9. Die Fahrkarte werden jedoch erst dann ausgestellt, wenn der Wahlkreis vorliegt wird. Die Abstimmungsberechtigten werden ersucht, schon jetzt bei den genannten Stellen anzugeben zu wessen, wann sie die Reise antreten. Eine vorherige Anmeldung ist unbedingt nötig, da die Zahl der Plätze in den Sonderzügen sehr beschränkt ist. In der Zeit vom 30. Juni bis 8. Juli

werden die Abstimmungsberechtigten in Sonderzügen befördert, für die Fahrt nach Ostpreußen kommen 1. der Seeweg, 2. der Landweg durch den polnischen Korridor und 3. der Luftweg in Betracht. — Die im Stadbezirk Norden wohnenden Abstimmungsberechtigten Ostpreußen können die amtlichen Wahlkarte, soweit diese ihnen nicht direkt von den Abstimmungsausschüssen ausgehändigt worden sind, im Geschäftslokal Seestraße 30 (Restaurant zur Seckause) täglich von 4 bis 8 Uhr nachmittags in Empfang nehmen.

## Der Geliebte als Einbrecher.

Das Kapitel von der vertrauensfertigen Geliebten, die einem Verbrecher ihre Vertrauen schenkt, ist um einen neuen, besonders trafen Fall bereichert worden. Der Betende war diesmal ein Kaufmann Schilde aus der Schwabischen Straße 30. In der Zeit seiner Abwesenheit hatte ein Kaufmann Karl Herrmann aus der Schwabischen Straße 28 sich seiner Wirtschaftlerin nähert und ihr Vertrauen durch die Botspiegelung gewonnen, daß er sie zu betrauen beabsichtige. In Wirklichkeit knüpfte er die Beziehungen nur an, um Schilde bestehlen zu können. Während die Wirtschaftlerin krank im Bett lag, suchte er sie in der Wohnung und benutzte die Gelegenheit, eine Kassetten zu erbrechen und ihres Inhaltes zu berauben. Er erbeutete 70 Goldstücke (50 Louisdor, 20 in Franc, Lire und Kronen), 200 Eintausendmarktscheine (Dumarschel), 5 Stück Prozentige mexikanische Anleihe mit Zinscheinen, ein Paket mit 20 Eintausendmarktscheinen, 33 Paleten mit 50 Hundertmarktscheinen. Ferner 1000 Pfund, Hundert, fünfzig und Zwanzigmarktscheine mit rotem Stempel, 7 Stück 100-Franc-Noten und verschiedene Schuldscheine. Der Dieb nahm auch noch eine braune und eine rote Albenmappe mit. Herrmann verschwand aus seiner Wohnung und schrieb an die Wirtschaftlerin des Bestohlenen einen Abschiedsbrief, in dem er mitteilte, daß er vorläufig den Staub Berlins von den Fühen schütteln müsse, später aber wieder kommen werde. Er habe die Absicht, nach Polen zu gehen. Der Flüchtling befindet sich wahrscheinlich noch in Berlin, um hier seine Beute abzugeben, und wird von der Kriminalpolizei eifrig gesucht. Er ist 1,70 Meter groß und schlank, hellblond und trägt einen blonden, englisch gefärbten Schnurrbart, hat ein freundliches Gesicht und spricht Thüringer Mundart.

## Der Postverkehr mit dem Ausland.

Die jetzt geltenden Gebührensätze für Briefsendungen nach dem Auslande werden sehr häufig von den Versendern nicht hinreichend beachtet. Im besonderen wird die Einfuhrgebühren oft unrichtig berechnet. Diese beträgt allgemein 80 Pf.; dagegen ist sie im Verkehr mit dem Freistaat Dänzig, Lemberg, dem Remelgebiet, Desterreich, Ungarn, Westfalen und nach der 1. Zone des Abstimmungsgebietes Schleswig auf nur 50 Pf. festgesetzt (wie im Inlande). Im Hinblick auf die sehr erheblichen Verluste, die dem Deutschen Reich durch die Nichtbeachtung der neuen Bestimmungen über die Gebührenerhöhungen im Auslandsverkehr erwachsen, werden in Zukunft die ungenügend freigemachten Sendungen den Absendern, sofern sie zu erkennen sind, zur Vervollständigung der Freigebühr durch die Aufgabepostanstalten zurückgegeben werden. Da hierdurch in der Abienung der Briefe sehr oft Verzögerungen entstehen würden, so liegt es im Interesse des Publikums, die Briefsendungen nach dem Auslande genügend freigemachen. — Jeder die Höhe der Gebühren erteilen sämtliche Postanstalten bereitwillig Auskunft.

Postpakete nach Italien können auch auf dem Wege über Desterreich befördert werden. Die Gewichtsgrenze stellt sich auf diesem Wege gegenwärtig um 8 K. höher als bei der Beförderung über die Schweiz. Vom 15. Juni an werden Pakete nach Großbritannien zur Beförderung auf dem unmittelbaren Seeweg über Hamburg angenommen. Bei diesen Paketen ist auch Wertangabe zugelassen. Die Beförderung erfolgt Mittwoch und Sonnabend. Infolge Ausfalls der Fahrt des holländischen Dampfers Rhodan von Rotterdam nach New York am 25. Juni wird der Postschlag für diesen Dampfer aufgehoben. Der italienische Dampfer Tomaso di Savoia geht von Genua nach Rio de Janeiro usw. am 28. Juni ab, Postschlag beim Postamt 9 in Frankfurt (Main) am 23. Juni mittags.

Das Dunkel um den falschen Dr. Dembinger aufklärt. Nach der Aufklärung des graufigen Mordes an dem Oberleutnant Dr. Dembinger blieb noch übrig, den Mann festzustellen, der am 26. September 1918 in der Grünauer Forst erhängt und gefunden, von Frau Dembinger als ihr Mann bezeichnet und dann auch als Oberleutnant Dr. Dembinger in Grünau beerdigt wurde. Er wurde jetzt festgestellt als ein 21 Jahre alter aus Schiffsgebetlicher Expedient und Stadivertreter Georg Böllcher, der zuletzt in der Wälderstraße 34 wohnte. Böllcher hat bei einem Sparbater, bei dem er beschäftigt war, eine kleine Unterabteilung aufbauen lassen und aus der Wohnung entfernt, um sich aus Furcht vor Entdeckung das Leben zu nehmen. Seine Wirtin, in der er regelmäßig untersteht, meldete ihn als unbekannt herangezogen und damit war auch für sie die Angelegenheit erledigt. Die Frau ist inzwischen auch gestorben. Wie die Ermittlungen der Nachforschungsstelle weiter ergeben hatten, soll Böllcher verheiratet gewesen sein. Seine Frau, die getrennt von ihm lebe, soll außerhalb Berlins ein Versteck haben. Sie wird jetzt ersucht, sich zur Regelung der Verordnungsverhältnisse, insbesondere zur Erlangung einer Sterbepfunde über den Tod ihres Mannes mit der Nachforschungsstelle für Ermittlung und Bekämpfung von Verbrechen in Verbindung zu setzen.

Der Abschluß der Berliner Stadthauptkasse für 1918 wird in den nächsten Wochen fertiggestellt werden. Schon jetzt kann aber wie der Magistrat mitteilt, festgelegt werden, daß ein Abschluß auf keinen Fall vorhanden ist. Der Abschluß wird wegen der technischen Schwierigkeiten erst im August oder September der Stadtverordnetenversammlung zugehen. Das Ergebnis des Abschlusses für 1919 kann zurzeit auch nicht abschließend abgegeben werden. Die Zahl von 300 Millionen Mark bezieht sich auf den Haushaltsetat von 1920. Zur Deckung dieser Summe kommen die verschiedensten Einnahmequellen in Frage.

Morgen wieder Regen? Das amtliche Wetterbureau prophezeit den morgen ihre Pflichten erfüllenden Wählern einen ganz besonders ungünstigen Tag. Ebenso wie der 6. Juni seit Erscheinen in Begleitung eines Regenschauers ankündigte, wird auch diesmal der Himmel seine Schläusen bis in die Mittagstunden offenhalten. Zum Zeichen, daß die Sonne doch nicht vom Himmel gefallen ist, wird sie sich zeitweise nachmittags den Wählern präsentieren, um sich für den Rest des Tages ihre endgültige Stellungnahme vorzubehalten.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metalarbeiter. Mitle Berlin 7. Heute 7 Uhr im Lokal Sachse, Ambower Straße 96: Mitgliederversammlung.

## Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Heute, 19. Juni:

11. Ubi. 9 Uhr bei Döblich, Sinaländer Straße 11, Treffpunkt der Mitglieder.

Morgen, 20. Juni:

Pflafersee. Wie nicht eingetillten Helfer wollen sich um 8 Uhr früh im Zentralwahlbureau, Parkstraße 31, bei Dandol (nicht bei Schudel), melden.

Mölkenthal. Die Genossen und Genossinnen haben sich von 7 1/2 Uhr morgens ab vollständig bei Petran, Hauptstraße zur Wahlhilfe einzufinden. Tempelhof. Zentralwahlbureau bei Dammmeister, Berliner Str. 163. Genossen und Genossinnen wollen sich zur Wahlarbeit recht zahlreich dort einfinden.

